

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine der Nordostchemie-Verbände zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026 und für Ihr kontinuierliches Engagement für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Berlin und der Hauptstadtregion.

Die von Ihnen vertretenen Unternehmen leisten einen herausragenden Beitrag zu Innovation, Wertschöpfung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung. Gerade Berlin profitiert in besonderer Weise von der engen Verzahnung von universitärer Spitzenforschung, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, innovativen Biotechnologieunternehmen sowie international tätigen Pharma- und Chemieunternehmen. Dass Sie die zentralen Zukunftsfragen des Industriestandorts Berlin in den Mittelpunkt Ihrer Wahlprüfsteine stellen, begrüßen wir ausdrücklich.

Als Freie Demokraten verstehen wir wirtschaftliche Stärke, technologische Innovation und wissenschaftlichen Fortschritt als Grundlage für Wohlstand, soziale Sicherheit und die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Unser Ziel ist es, Berlin zu einem der führenden Innovations- und Industriestandorte Europas weiterzuentwickeln. Dazu braucht es einen Staat, der verlässliche Rahmenbedingungen setzt, Innovation ermöglicht, Eigentum schützt und unternehmerische Initiative nicht behindert, sondern fördert.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt.

1. Wettbewerbsfähigkeit der chemisch-pharmazeutischen Industrie

Frage:

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 5. März 2026 die zentrale Bedeutung der chemischen Industrie in Deutschland für Wertschöpfung, Wohlstand, Innovation und strategische Unabhängigkeit betont. Zugleich fordert sie Sofortmaßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere bei Energiepreisen, Bürokratieabbau, EU-Regulierung, Emissionshandel und Carbon-Leakage-Schutz.

Steht Ihre Partei hinter diesem Beschluss? Mit welchen konkreten Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene wollen Sie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Branche stärken?

Antwort: Wir teilen die Grundüberzeugung, dass eine wettbewerbsfähige chemisch-pharmazeutische Industrie von herausragender Bedeutung für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland und insbesondere für Berlin ist. Die Branche verbindet industrielle Wertschöpfung mit Spitzenforschung, sichert hochwertige Arbeitsplätze und trägt wesentlich zur medizinischen Versorgung sowie zur technologischen Souveränität Europas bei. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Ministerpräsidentenkonferenz die strategische Bedeutung der chemischen Industrie hervorgehoben hat. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur durch kurzfristige Entlastungsmaßnahmen, sondern vor allem durch strukturelle Reformen dauerhaft zu stärken.

Aus unserer Sicht sind die größten Standortnachteile Deutschlands inzwischen weniger mangelnde Innovationskraft oder fehlendes Kapital als vielmehr überbordende Bürokratie, langwierige Genehmigungsprozesse, hohe regulatorische Komplexität sowie eine insgesamt zu geringe Geschwindigkeit staatlichen Handelns. Gerade innovationsgetriebene Branchen benötigen Planungssicherheit, schnelle Verfahren und technologieoffene Regulierung.

Auf Landesebene wollen wir deshalb Berlin zum modernsten Wirtschaftsstandort Deutschlands entwickeln. Hierzu gehört ein konsequenter Bürokratieabbau. Wir wollen den Rechts- und Vorschriftenbestand systematisch reduzieren, das Berliner Vergabegesetz abschaffen und künftig grundsätzlich Bundes- beziehungsweise Europarecht anwenden. Für neue bürokratische Belastungen soll mindestens doppelt so viel bestehende Regulierung entfallen ("One in – Two out"). Genehmigungsverfahren wollen wir deutlich beschleunigen, verbindliche Fristen mit Genehmigungsfiktionen einführen und zahlreiche Genehmigungspflichten durch einfache Anzeigeverfahren ersetzen. Sämtliche Verwaltungsverfahren müssen digital und medienbruchfrei möglich sein.

Gerade forschungsintensive Unternehmen profitieren von einem innovationsfreundlichen Umfeld. Deshalb setzen wir uns für Experimentierklauseln und regulatorische Reallabore ein, in denen neue Technologien unter realen Bedingungen schneller erprobt werden können. Berlin soll sich bewusst als Modellregion für Zukunftstechnologien positionieren und regulatorische Spielräume konsequent nutzen.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik liegt auf der Gesundheitswirtschaft und den Life Sciences. Berlin verfügt mit der Charité, den Forschungseinrichtungen in Buch und Adlershof sowie zahlreichen Biotechnologie- und Pharmaunternehmen über hervorragende Voraussetzungen, international eine

Spitzenposition einzunehmen. Diese Stärke wollen wir durch den weiteren Ausbau der Forschungsinfrastruktur, eine engere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie verbesserte Bedingungen für Ausgründungen und Unternehmensansiedlungen gezielt ausbauen.

Von zentraler Bedeutung ist für uns außerdem eine leistungsfähige Verwaltung. Internationale Unternehmen entscheiden heute auch danach, wie schnell Genehmigungen erteilt, Fachkräfte angeworben oder Investitionen umgesetzt werden können. Unser Ziel ist deshalb eine vollständig digitale, serviceorientierte Verwaltung, die Unternehmen als Partner versteht und nicht als Antragsteller in einem bürokratischen Verfahren.

Auf Bundes- und europäischer Ebene setzen wir uns darüber hinaus für international wettbewerbsfähige Energiepreise, technologieoffene Klimapolitik sowie einen wirksamen Schutz energieintensiver Industrien vor Carbon Leakage ein. Klimaschutz kann dauerhaft nur erfolgreich sein, wenn industrielle Wertschöpfung in Deutschland erhalten bleibt und Emissionen nicht lediglich ins Ausland verlagert werden. Deshalb unterstützen wir marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel grundsätzlich, halten jedoch eine kontinuierliche Überprüfung ihrer internationalen Wettbewerbswirkungen für unverzichtbar.

Ebenso setzen wir uns für einen konsequenten Abbau unnötiger europäischer Regulierung ein. Europäische Gesetzgebung muss hohe Standards mit Innovationsfähigkeit verbinden und darf Unternehmen nicht durch zusätzliche nationale oder europäische Sonderregelungen im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Gerade forschungsintensive Branchen benötigen verlässliche, vorhersehbare und technologieoffene Rahmenbedingungen.

Insgesamt verstehen wir Industriepolitik nicht als staatliche Lenkung einzelner Unternehmen oder Technologien. Die Aufgabe des Staates besteht vielmehr darin, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, unternehmerische Freiheit zu erweitern und zu sichern und Innovation zu ermöglichen. Wo Forschung, Unternehmergeist und Investitionsbereitschaft auf gute Standortbedingungen treffen, entstehen nachhaltiges Wachstum, hochwertige Arbeitsplätze und medizinischer Fortschritt.

2. Verlässlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmen

Frage:

Unsere Mitgliedsunternehmen sind international ausgerichtet, innovationsgetrieben und auf langfristige Investitionssicherheit angewiesen. Dafür braucht es stabile Rahmenbedingungen in Form von Demokratie, sozialer Marktwirtschaft und Eigentumsgarantie sowie ein weltoffenes Klima für internationale Fachkräfte und Forschungspartner.

Wie will Ihre Partei diese Grundlagen sichern und stärken? Welche Bedeutung haben für Sie Marktwirtschaft, Eigentumsschutz, Weltoffenheit und Vielfalt für die Zukunft des Industriestandorts?

Antwort: Wir sind überzeugt, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht zufällig entsteht. Innovation, Investitionen und unternehmerischer Mut benötigen verlässliche politische Rahmenbedingungen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und der Schutz des Eigentums sind keine abstrakten Prinzipien, sondern die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen langfristige Entscheidungen treffen, in Forschung investieren und hochwertige Arbeitsplätze schaffen können. Dies bildet die Grundlage für den Wohlstand unserer Gesellschaft.

Gerade eine wissens- und forschungsintensive Branche wie die chemisch-pharmazeutische Industrie ist auf langfristige Planungssicherheit angewiesen. Forschungsvorhaben, Produktionsanlagen und Arzneimittelentwicklungen erstrecken sich häufig über viele Jahre. Wer unter diesen Bedingungen investiert, muss darauf vertrauen können, dass politische Entscheidungen nachvollziehbar, rechtssicher und verlässlich sind. Deshalb treten wir für einen Staat ein, der stabile Rahmenbedingungen schafft, anstatt sie fortlaufend zu verändern.

Die soziale Marktwirtschaft ist für uns das erfolgreichste Wirtschaftsmodell der Nachkriegszeit. Sie verbindet wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung und schafft die Voraussetzungen für Innovation, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Staatliche Eingriffe dürfen dort erfolgen, wo sie faire Wettbewerbsbedingungen sichern oder Marktversagen korrigieren. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, unternehmerische Initiative durch übermäßige Regulierung oder politische Detailsteuerung zu ersetzen.

Von zentraler Bedeutung ist für uns der Schutz des Eigentums. Eigentum schafft Verantwortung, ermöglicht Investitionen und bildet die Grundlage unternehmerischen Handelns. Gerade in einer Stadt wie Berlin, die sich als internationaler Innovationsstandort behaupten möchte, ist ein klares Bekenntnis zu Eigentumsschutz und Vertragsfreiheit unverzichtbar. Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass Investitionen geschützt sind und wirtschaftliche Entscheidungen nicht durch politische Unsicherheit entwertet werden.

Ebenso wichtig ist eine offene Gesellschaft. Berlin verdankt seine wirtschaftliche Dynamik seit jeher seiner internationalen Ausstrahlung. Wissenschaftler, Gründer, Fachkräfte und Investoren aus aller Welt haben die Entwicklung unserer Stadt geprägt. Diese Offenheit wollen wir nicht nur bewahren, sondern aktiv stärken. Für uns bedeutet Weltoffenheit deshalb mehr als kulturelle Vielfalt. Sie bedeutet vor allem, dass exzellente Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte, Naturwissenschaftler und Unternehmer Berlin als attraktiven Standort erleben. Dazu gehören schnelle und digitale

Verwaltungsverfahren ebenso wie ein modernes Einwanderungsrecht für qualifizierte Fachkräfte, englischsprachige Verwaltungsangebote sowie unkomplizierte Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen. Der internationale Wettbewerb um Talente wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Berlin muss sich diesem Wettbewerb stellen und seine Stärken konsequent ausspielen.

Besondere Bedeutung messen wir der Freiheit von Wissenschaft und Forschung bei. Wissenschaftlicher Fortschritt entsteht dort, wo neue Ideen ohne ideologische Einschränkungen diskutiert und erforscht werden können. Deshalb treten wir entschieden für die Freiheit von Forschung und Lehre sowie für einen offenen wissenschaftlichen Diskurs ein. Kooperationen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen verstehen wir als wesentlichen Motor für Innovationen. Gerade im Life-Science-Bereich sehen wir enormes Potenzial, das durch einen intensiven Wissens- und Technologietransfer noch besser genutzt werden kann.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass internationale Unternehmen ihre Standortentscheidungen zunehmend auch anhand sogenannter "weicher Standortfaktoren" treffen. Dazu gehören neben einer leistungsfähigen Infrastruktur insbesondere öffentliche Sicherheit, eine funktionierende Verwaltung, hochwertige Bildungsangebote und eine hohe Lebensqualität. Berlin verfügt über große Potenziale, schöpft diese jedoch bislang nicht vollständig aus. Unser Anspruch ist deshalb eine Stadt, die nicht nur durch Kreativität und wissenschaftliche Exzellenz überzeugt, sondern ebenso durch Verlässlichkeit, Effizienz und gute Regierungsführung.

Vielfalt verstehen wir dabei als Stärke einer offenen Gesellschaft. Unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und kulturelle Hintergründe fördern Kreativität und Innovation. Entscheidend ist jedoch, dass Vielfalt auf dem gemeinsamen Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Rechtsstaats und gegenseitigen Respekts steht. Wer in Berlin lebt, arbeitet oder investiert, muss sich darauf verlassen können, dass Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen geschützt werden. Unser Leitbild ist deshalb ein Berlin, das wirtschaftliche Freiheit mit gesellschaftlicher Offenheit verbindet. Eine Stadt, in der Innovationen entstehen können, weil der Staat verlässlich handelt, Eigentum schützt, Forschung ermöglicht und Menschen aus aller Welt willkommen heißt, die Verantwortung übernehmen, arbeiten, forschen und unternehmerisch tätig sein wollen.

3. Pharma, Resilienz und Versorgungssicherheit

Frage:

Die Corona-Pandemie sowie die Kriege in der Ukraine und in Nahost haben gezeigt, wie wichtig eine starke pharmazeutische Wertschöpfung, Forschung und Produktion in

Deutschland und Europa sind. Berlin verfügt dafür über leistungsfähige Pharma-, Biotech- und Forschungsstandorte.

Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei den Pharmastandort Berlin stärken, Lieferketten resilienter machen und die Versorgung mit Arzneimitteln, Wirkstoffen und medizinischen Innovationen langfristig sichern?

Antwort: Die vergangenen Jahre haben eindrucksvoll verdeutlicht, dass Gesundheitsversorgung auch eine Frage der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Resilienz ist. Die Corona-Pandemie, geopolitische Konflikte sowie zunehmende Abhängigkeiten bei Arzneimitteln und Wirkstoffen haben gezeigt, dass Europa seine Innovations- und Produktionskapazitäten in der Gesundheitswirtschaft stärken muss.

Berlin besitzt hierfür hervorragende Voraussetzungen. Mit der Charité, dem Berlin Institute of Health, den Forschungsstandorten Buch und Adlershof, zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie einer starken Pharma-, Biotechnologie- und Medizintechnikbranche verfügt unsere Stadt über eines der leistungsfähigsten Life-Science-Ökosysteme Europas. Dieses Potenzial wollen wir konsequent weiterentwickeln.

Ein zentrales Ziel unserer Politik ist es, Berlin dauerhaft als international führenden Standort für Gesundheitswirtschaft, Biotechnologie und pharmazeutische Forschung zu etablieren. Dafür wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Universitätsmedizin, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Start-ups, mittelständischen Unternehmen und international tätigen Industrieunternehmen weiter intensivieren. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen schneller ihren Weg in marktfähige Produkte und innovative Therapien finden. Technologietransfer und Ausgründungen verdienen deshalb deutlich bessere Rahmenbedingungen.

Wir unterstützen ausdrücklich den weiteren Ausbau der Charité und ihrer Forschungsinfrastruktur sowie die Entwicklung des Standorts Buch zu einem international sichtbaren Zentrum für Biotechnologie und Gesundheitswirtschaft. Gleichzeitig wollen wir die Ansiedlung weiterer Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette fördern – von Forschung und Entwicklung über klinische Studien bis hin zu Produktion und Logistik.

Zur Stärkung der Versorgungssicherheit gehört aus unserer Sicht auch eine leistungsfähige industrielle Basis in Deutschland und Europa. Wir halten es für notwendig, strategische Abhängigkeiten bei kritischen Arzneimitteln und Wirkstoffen zu reduzieren. Dies bedeutet jedoch nicht, Lieferketten grundsätzlich zu renationalisieren. Vielmehr setzen wir auf eine intelligente Diversifizierung internationaler Lieferketten, eine stärkere europäische Produktionskapazität bei kritischen Arzneimitteln sowie belastbare internationale Partnerschaften mit verlässlichen Handelspartnern.

Ebenso entscheidend ist ein innovationsfreundlicher Rechtsrahmen. Neue Arzneimittel, Diagnostikverfahren und digitale Gesundheitslösungen müssen schneller entwickelt, geprüft und in die Versorgung überführt werden können. Berlin soll sich deshalb als Modellregion für digitale Gesundheitsanwendungen, Künstliche Intelligenz in der Medizin und personalisierte Medizin etablieren. Der Einsatz neuer Technologien bietet erhebliche Chancen, sowohl für die Patientenversorgung als auch für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts.

Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass Innovation und Datenschutz keine Gegensätze sind. Gesundheitsdaten müssen bestmöglich geschützt werden. Gleichzeitig sollten sie – auf Grundlage hoher Datenschutzstandards und informierter Einwilligung – stärker für Forschung und medizinischen Fortschritt nutzbar gemacht werden. Gerade die Verbindung aus medizinischer Spitzenforschung, Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz eröffnet erhebliche Potenziale für neue Therapien und effizientere Versorgung.

Von großer Bedeutung ist darüber hinaus die Gewinnung internationaler Spitzenkräfte. Forschung und Entwicklung leben vom internationalen Austausch. Berlin muss deshalb ein attraktiver Standort für Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte, Naturwissenschaftler sowie hochqualifizierte Fachkräfte aus aller Welt bleiben. Dazu gehören schnelle Visa- und Anerkennungsverfahren, internationale Studien- und Forschungsbedingungen sowie eine moderne, serviceorientierte Verwaltung.

Schließlich sehen wir in einer leistungsfähigen Gesundheitswirtschaft nicht nur einen wirtschaftlichen Erfolgsfaktor, sondern auch einen Beitrag zur strategischen Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas. Wer in Forschung, Produktion und Innovation investiert, stärkt zugleich die Krisenfestigkeit unseres Gesundheitswesens und unsere Fähigkeit, auf zukünftige Pandemien oder geopolitische Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Als FDP Berlin betrachten wir deshalb die Gesundheitswirtschaft nicht als einzelnen Wirtschaftszweig, sondern als Zukunftsbranche mit herausragender Bedeutung für Wohlstand, wissenschaftlichen Fortschritt und Versorgungssicherheit. Berlin soll sich als europäische Hauptstadt der Life Sciences etablieren – mit exzellenter Forschung, innovativen Unternehmen, schnellen Verwaltungsverfahren und einem innovationsfreundlichen politischen Umfeld.

Wir danken Ihnen nochmals herzlich für Ihre Fragen und Ihr Engagement für die Zukunft der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Berlin und der Hauptstadtregion. Der Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ist aus unserer Sicht unverzichtbar, um die Herausforderungen der kommenden Jahre gemeinsam zu

bewältigen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts nachhaltig zu stärken. Gerne stehen wir Ihnen daher auch über diesen Wahlprüfstein hinaus für einen persönlichen Dialog und einen vertiefenden fachlichen Austausch zur Verfügung. Fragen und Antworten zu diesen Wahlprüfsteinen werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin